

eingeschränkt werden. Kein allzu großes Interesse besteht ferner in der CFDT für die Aufwertung der Betriebsräte, weil sie gegenüber den Gewerkschaften zu autonom werden könnten und man vor allem die Position der Gewerkschaftsdelegierten innerhalb der Betriebe stärken will.

## Die Quellen des Einflusses

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wieweit die französischen Gewerkschaften für die Arbeitnehmer repräsentativ sind und ob das ihnen zuerkannte politische Gewicht nicht über ihren Einfluß in den Betrieben hinausgeht. Es wäre in der Tat schlecht um sie bestellt, wenn ihr Mitgliederbestand und ihre finanziellen Mittel bei ihrer Bewertung den Ausschlag gäben. Weit günstiger sind für sie die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen, in denen der überwiegende Teil der Arbeitnehmer für ihre Kandidaten stimmt, wenn auch das Wahlsystem die Gewerkschaften begünstigt und es den unabhängigen Kandidaten nicht leicht macht. Noch wichtiger ist die häufig gemachte Erfahrung, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer in kritischen Augenblicken den Gewerkschaften stillschweigend die Verteidigung ihrer Interessen überläßt. Die Neigung, einer Organisation beizutreten und regelmäßig Beiträge zu zahlen, ist zwar gering, man räumt ihr aber trotzdem das Recht zur Aktion ein und bestreitet nicht ihren repräsentativen Charakter. Größere Streiks führen auch im allgemeinen zu einer vorübergehenden Zunahme des Mitgliederbestandes. Allerdings zwingt dieses eigenartige Verhältnis die Gewerkschaften zu einer vorsichtigen Taktik. Ihr Führungsanspruch wird nur dann anerkannt, wenn die Arbeiter das Gefühl haben, auf die Gewerkschaften angewiesen zu sein und das Streikrisiko auf sich nehmen. In den letzten Jahren mußte vor allem die CGT wiederholt feststellen, daß sie die Stimmung der Arbeitnehmer falsch beurteilte und ihre Streikparolen daher kein Echo fanden. Gegenüber Regierung und Unternehmern haben die Gewerkschaften ein leichteres Spiel, denn beide müssen damit rechnen, daß sich die Arbeiter

hinter sie stellen, daher müssen sie von ihnen als Gesprächspartner ernst genommen werden.

Die Zukunft der französischen Gewerkschaften dürfte von verschiedenartigen Faktoren abhängen. Die sozialistische Regierung muß und wird ihre Position in den Betrieben stärken. Dies könnte jedoch die Arbeitnehmer veranlassen, noch mehr als bisher auf die Mitgliedschaft zu verzichten, da in ihren Augen die Gewerkschaften gewissermaßen zu einer öffentlichen Einrichtung geworden sind und als solche ganz selbstverständlich ihre Belange wahren. In Rechnung zu stellen ist aber auch der allgemein als unabwendbar betrachtete Konflikt zwischen der kommunistischen CGT und der sozialistischen Regierung. Seine Folge wäre die Vertiefung der Kluft zwischen den einzelnen Organisationen. Nicht wenig hängt ferner vom Verlauf des sozialistischen Experiments ab. Eine bittere Enttäuschung wäre geeignet, den Gewerkschaften einen neuen Auftrieb zu geben, ohne daß das Gegenteil, die tiefe Resignation, ausgeschlossen ist. Dann stünde die CFDT vor dem größten Dilemma, denn sie unterstützt offensichtlich die Regierungspolitik, der gegenüber sie sich nicht ohne weiteres zu distanzieren vermag. Geschähe es zu spät, müßte sie die Rechnung bezahlen. Vieles spricht schließlich dafür, daß Force Ouvrière ihren langsamen Aufstieg fortsetzen wird, da ihre Unabhängigkeit glaubwürdig ist und sie ihrer Linie treu bleibt. *Alfred Frisch*

### Literaturhinweise:

*Robert Bothereau*: Histoire du syndicalisme français, Que sais-je, Presses Universitaires de France.

*Georges Lefranc*: Le syndicalisme en France, Que sais-je, Presses Universitaires de France.

*Jacques Fourier, Nicole Questiaux*: Traité du social – Situations, luttes, politiques, institutions, Dalloz.

*Jean Daniel Reynaud*: Les syndicats en France, Le Seuil.

*André Barjonet*: La C.G.T., Histoire, Structure, Doctrine, Le Seuil.

*André Bergeron*: Confédération Force Ouvrière, Ed. de l'Epi.

*André Malterre*: La confédération générale des cadres, Ed. de l'Epi.

## Wie frei sind die Christen in China?

### Lichtblicke und Sorge der Katholiken

Mit dem Tode Mao Zedongs (1976), der Verhaftung der Viererbande und der Wiederkehr Deng Xiaopings an die Schaltstellen der Macht begann ein Prozeß der politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Änderung innerhalb der Volksrepublik China, der weit hin als Liberalisierung verstanden und begrüßt wurde. Programmatisch verkündete *Deng Xiaoping* das Prinzip, daß die Tatsachen das alleinige Kriterium aller Theorien seien („eine Katze muß Mäuse fangen, dabei ist es egal, ob sie schwarz, weiß oder wie farbig auch immer ist“). Es wurde wieder eingeschärft, daß vor aller Ideologie die

Leistung zu stehen habe. Auch der in der Kulturrevolution (in der Kampagne gegen Liu Shaoqi) so heftig gebrandmarkte Grundsatz, daß die Entlohnung im Zusammenhang mit der Leistung gesehen werden müsse, wurde wieder als orthodox bezeichnet und „materielle Anreize“ für legitim erklärt.

Im Zusammenhang mit der *Korrektur der Exzesse der Kulturrevolution* (1966–1976) stand die Kampagne der „Großen Kritik“, in der über Wandzeitungen und andere inoffizielle Publikationen dem „Volk“, d. h. vornehmlich Studenten, Künstlern und Intellektuellen, die Möglichkeit

gegeben wurde, sich zum Wiederaufbau des Landes zu äußern und Kritik an den in der Vergangenheit begangenen Fehlern zu üben.

Solange diese Bewegung die Regierung in ihrem Bemühen, das Land mittels der „Vier Modernisierungen“ (von Wirtschaft, Technik, Landwirtschaft und Verteidigung) wieder auf den Weg der Entwicklung zu stellen, unterstützte, wurde sie von einigen Kreisen der Partei durchaus positiv bewertet (vgl. HK, Mai 1979, S. 262–267). Als jedoch die Forderung nach einer fünften Modernisierung, der der *Demokratie*, lauter wurde und auch Deng Xiaoping persönlich in die Schußlinie der Kritik kam, brach die Parteiführung dieses Experiment sehr schnell ab. Die Verurteilung zu 15 Jahren Haft von Wei Jinsheng (1979), der als Herausgeber einer eigenen Zeitschrift auch international bekannt geworden war, signalisierte diese Umkehr deutlich. Damit keine falschen Vorstellungen sich breitmachen konnten, wurde die Beibehaltung der „Vier Grundprinzipien“ aufs neue eingeschärft: 1. Festhalten am sozialistischen Weg; 2. Alleiniger Führungsanspruch der kommunistischen Partei; 3. Diktatur des Proletariats; 4. Festhalten am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen.

Die wirtschaftliche Liberalisierung, die auf eine schnelle Modernisierung von Industrie und Wirtschaft zielte, geriet nach einer Fülle von Verhandlungen und Abschlüssen mit ausländischen Investoren bald an eine Grenze, da einmal die finanziellen Reserven Chinas für diese ehrgeizigen Pläne nicht ausreichen, zum andern aber die fehlenden Fachkräfte auf allen Sektoren (Auswirkung von zehn Jahren Kulturrevolution) eine schnelle Expansion unmöglich machen.

Um die Eigeninitiative zu fördern, wurden in der Landwirtschaft den einzelnen Familien im Rahmen der Volkskommunen kleine Parzellen zur Eigenbearbeitung zugewiesen und der freie Verkauf der so erzeugten Produkte gestattet. Auch im Handel wurden manche Initiativen zum eigenen Handel entweder erlaubt oder stillschweigend geduldet.

### Begrenzte Liberalisierung – begrenzte Religionsfreiheit

Im Rahmen der *begrenzten Liberalisierung* fand auch eine Wende in der Religionspolitik der Volksrepublik China statt. Dabei wurde von der Regierung betont, daß es eigentlich keine „neue Religionspolitik“ gebe, sondern nur eine Rückkehr zu den Prinzipien, die vor dem Ausbruch der Kulturrevolution gegolten hätten. Artikel 46 der neuen Verfassung aus dem Jahr 1978 drückt die Religionsfreiheit so aus: „Die Bürger haben die Freiheit, sich einer Religion anzuschließen oder sich nicht anzuschließen, und die Freiheit, den Atheismus zu propagieren.“ In der später erfolgten Neufassung des Strafgesetzbuches (Art. 147) werden ungerechtfertigte Eingriffe in die Religionsfreiheit auch von staatlichen Stellen mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren belegt.

Für die Mitglieder der kommunistischen Partei Chinas hat die Parteiführung (Guangming-Zeitung, 30. 11. 80) deutlich gemacht, daß *die Haltung der Partei gegenüber dem Wesen der Religion* sich trotz der neuen Religionspolitik nicht geändert habe. Weiterhin gelten vier Prinzipien für die Stellung der Partei zu den Religionen: 1. Religion ist ein Produkt der Geschichte und als solches bestimmten Entwicklungsgesetzen bis zum endgültigen Untergang unterworfen; 2. Religion betrifft die Einstellung der Gläubigen zum Leben und gehört damit in den Bereich der Ideologie; 3. Religion betrifft nicht nur die Massen und die Nation, sondern auch die internationalen Beziehungen, d. h., sie ist in einer Welt, in der 60% religiös sind, für die Solidarität der Völker von großer Bedeutung; 4. Die Religionsfrage ist in China kein besonders drängendes Problem, da Gläubige und Nichtgläubige gemeinsam am Aufbau des Sozialismus mitarbeiten. Eine weitere Klarstellung zur Religionspolitik brachte ein Artikel von *Xia Xianfa* (Pekinger Volkszeitung, 15. 3. 79; deutsch in der Beijing Rundschau, 15. 12. 79), dem Leiter des Regierungsbüros für religiöse Angelegenheiten. Dort wurde zwischen verschiedenen Formen von Religion unterschieden, je nachdem, ob sie Glauben oder Aberglauben enthalten. Die von der Regierung anerkannten Religionen – Buddhismus, Islam, Taoismus und Christentum – sind von abergläubischen Praktiken wie Heilzauber, Weissagung, Handlesekunst, Exorzismus, Geomantie und anderen Formen zu unterscheiden, die die Verwirklichung der vier Modernisierungen behindern und bekämpft werden müssen.

Im Rahmen der geänderten Religionspolitik wurden die *verschiedenen nationalen Organisationen der Religionen wieder aktiviert*. Das Jahr 1980 sah Nationalkonferenzen der wichtigsten Religionen. So tagte die Chinesische Islamische Vereinigung seit 1963 zum ersten Mal und konstituierte sich neu. Auch die Chinesische Taoistische Vereinigung fand sich zu einer nationalen Konferenz zusammen. (Da der Taoismus mehr ein Ausdruck der allgemeinen chinesischen Religiosität und weniger eine institutionelle Religion ist, fällt es schwer, über seine zahlenmäßige Stärke Angaben zu machen.) Die Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung und die Protestantische Chinesisch Patriotische Drei-Selbst-Bewegung hielten ebenfalls ihre Versammlungen ab. Nur die Buddhistische Vereinigung hat sich noch nicht neu konstituiert, wenn auch der Buddhismus im Land in der Restauration von Tempeln und international durch Teilnahme an Konferenzen durchaus Zeichen des Lebens zeigt. In der politischen Konsultativkonferenz auf Provinz- und Landesebene können die Vertreter der Religionen einen indirekten politischen Einfluß geltend machen. Gegenwärtig bemühen sie sich um eine Änderung des Artikels 46 der Verfassung, dahingehend, daß die Klausel von der einseitigen „Freiheit, den Atheismus zu propagieren“, gestrichen werden soll.

Bei der Errichtung der Volksrepublik China 1949 durch die kommunistische Partei unter Mao Zedong gehörten

die Katholiken Chinas zusammen mit den Angehörigen der anderen Religionen zu denen, die auf einen möglichst schnellen Zusammenbruch des neuen atheistischen Regimes hofften. Anweisungen der Kirche, des Internuntius Riberi und Pius' XII. untersagten den Katholiken jede Mitarbeit in kommunistisch gelenkten Organisationen, d. h. de facto jede Zusammenarbeit mit dem neuen Staat. Von seiten der Regierung kam es zu verschiedenen Maßnahmen gegen die Kirche, die Missionare, Priester und Gläubigen. Die in der Verfassung verbrieft Religionsfreiheit wurde eingeschränkt auf die private Glaubenspraxis in der Familie und Kirche.

## Die Katholiken in der Nach-Mao-Zeit

Die im Gefolge des Koreakriegs zunächst in der protestantischen Kirche entstandene patriotische Vereinigung wurde erst nach langem Widerstand 1958 auch für die katholische Kirche gegründet. Die Führer des katholischen Widerstands, die Bischöfe *Kong Pingmei* (Shanghai) und *Domenicus Tang* (Kanton) u. a., wurden wegen „Sabotage der patriotischen Vereinigung“ als „Kriminelle“ verurteilt. Nach anfänglichen Versuchen, für *von Klerus und Volk gewählte Bischofskandidaten* die Zustimmung des Papstes zu gewinnen (die allesamt scheiterten), wurden von der patriotischen Vereinigung bis zur Kulturrevolution ca. 40 Bischöfe gewählt und geweiht. In seiner Enzyklika „*Ad Apostolorum Principis*“ (29. 6. 1958) verurteilt Pius XII. diese Weihen unter ausdrücklicher Erwähnung der automatischen Exkommunikation für alle daran Beteiligten. Während der Kulturrevolution (1966–1976) bricht jede Beziehung zum Ausland ab. Paul VI. schickte bei seiner Ostasienreise (Dezember 1975) zwar von Hong Kong aus eine Grußbotschaft an das chinesische Volk. Diese fand aber kaum Beachtung. Damals gab es sehr pessimistische Aussagen über das Schicksal der Kirche. Man rechnete mit einer fast vollständigen Vernichtung christlichen Lebens in der Verfolgung durch die Rotgardisten.

Die „Öffnung Chinas“ brachte auch für die katholische Kirche in China das *Ende der Religionsverfolgung* und den Anfang einer beschränkten Religionsfreiheit. Berichte von China-Reisenden – hier vor allem Auslandschinesen bei Besuchen von Verwandten in den verschiedenen Landesteilen – zeugten von einem erstaunlich regen religiösen Leben. Es gibt bewegende Zeugnisse über einzelne Christen, kleine „Hauskirchen“ und andere Formen eines religiösen Lebens, die deutlich machen, daß die Christen nicht nur überlebt, sondern auch Anhänger dazu gewonnen hatten. Die Zahlen, die genannt werden, beruhen auf Schätzungen, gehen aber alle davon aus, daß die Zahlen von 1949 zumindest gehalten wurden, d. h., daß es drei Millionen Katholiken und eine Million protestantische Christen gibt. Daneben stehen wesentlich optimistischere Schätzungen, die für beide Gemeinschaften bis zu zehn Millionen Gläubige nennen.

Die wiedereröffneten und (mit Hilfe des Staates) renovierten Kirchen werden überall Priestern anvertraut, die

mit der *Chinesisch Katholischen Patriotischen Vereinigung* zusammenarbeiten (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen). Es zeigt sich, daß nicht alle Katholiken bereit sind, diesen Priestern zu vertrauen und an den Gottesdiensten teilzunehmen, die nach der vorkonziliaren Liturgie in lateinischer Sprache gefeiert werden. Man hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, daß die patriotischen Bischöfe und Priester „Offiziere ohne Armee“ seien, da sie von einer Vielzahl von Katholiken wegen ihrer Zusammenarbeit mit der Regierung und den Spannungen mit Rom abgelehnt würden. Ausländische chinesische Priester, die ihre Familien besuchen, berichten davon, daß sie vor die Alternative gestellt wurden, Kontakte mit „diesen Priestern“ zu haben und dann von der eigenen Familie abgelehnt zu werden. Wie das Zahlenverhältnis dieser beiden Gruppierungen innerhalb der Katholiken Chinas ist, läßt sich nicht feststellen.

Von seiten der Regierung wird jedenfalls unmißverständlich deutlich gemacht, daß die Vertreter der patriotischen Vereinigung die *offiziellen Ansprechpartner* sind. Ausländische Besucher wie Bischof Georg Moser (1979), die Kardinäle König und Etchegaray (1980) hatten ebenfalls nur mit dieser Gruppe Kontakt (vgl. HK, Januar 1980, S. 9 ff.). Im Zuge der Neuordnung der Religionspolitik haben die Vertreter der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung auf ihrer Nationalkonferenz zu Pfingsten 1980 die chinesische katholische Bischofskonferenz gegründet und eine neue Organisation, das „chinesisch katholische Komitee für kirchliche Angelegenheiten“ geschaffen.

Die Aufgabe der patriotischen Vereinigung soll darin bestehen, die *Verbindung der Kirche zur Partei und Regierung* aufrechtzuerhalten und sich für die Verwirklichung der vier Modernisierungen einzusetzen, während das *Komitee für kirchliche Angelegenheiten* zusammen mit der ebenfalls neu gegründeten chinesischen Bischofskonferenz sich um das religiöse Leben kümmert. Mit dieser Neuordnung soll die Eigenständigkeit der chinesischen katholischen Kirche herausgestellt und der Vorwurf entkräftet werden, die patriotische Vereinigung sei selber die Kirche. Bei der weitgehenden personellen Übereinstimmung der beiden Gremien bleibt es auch in Zukunft dabei, daß das Regierungsbüro für religiöse Angelegenheiten alle kirchlichen Aktivitäten kontrollieren kann.

Was das Ausmaß der Liberalisierung auf dem kirchlichen Sektor angeht, so gibt es nach wie vor unterschiedliche Signale. Wie groß die Erwartung und die Hoffnungen im Ausland aufgrund erster optimistischer Berichte waren, macht das Gerücht deutlich, daß die Jesuiten an die Aurora-Universität in Shanghai zurückkehren könnten. Positiv wurden die Entlassungen von Priestern aus verschiedenen Arbeitslagern gewertet. Besondere Hoffnungen knüpften sich an die Entlassung von Bischof *Domenicus Tang*, der nach 22 Jahren Haft 1980 freigelassen wurde und nach Kanton zurückkehren konnte, wo er Ende des gleichen Jahres überraschend von der patriotischen Vereinigung der Provinz Guangdong wieder als Bischof aner-

kannt wurde. Da er von beiden Seiten anerkannt war, wurde ihm eine Brückenfunktion in der Vermittlung zwischen dem Vatikan und der Regierung in China zugesprochen. Ausdruck der Offenheit und Gesprächsbereitschaft war auch die Ansprache Johannes Pauls II. in Manila (Februar 1981, vgl. HK, April 1981, 170), mit der er sich direkt an die chinesischen Christen wendete. Dabei drückte er seine große Hochachtung vor der Kultur Chinas aus. Er wies auf das Beispiel von Matteo Ricci hin, der eine Inspiration für heute sein solle, auch wenn es in der Vergangenheit andere gegeben habe, die nicht das gleiche Verständnis für China und seine Kultur gehabt hätten. Den Katholiken in China dankt der Papst für das Zeugnis an Glaubensstärke in schwerer Zeit und fordert sie auf, sich für den Aufbau ihres Landes einzusetzen. Bei der Reise, bei der der Papst es vermied, Taiwan zu besuchen, kam Staatssekretär Casaroli zu einem besonderen Besuch bei Bischof Tang nach Hong Kong.

In Interviews machte Casaroli sehr deutlich, wie sehr der Vatikan an direkten Beziehungen zum Vatikan gelegen sei. Mit großer Klugheit und Zurückhaltung vermied er alle Äußerungen, die das Verhältnis hätten belasten können. Um so überraschender kam dann die Ernennung von Bischof Tang zum Erzbischof von Kanton am 6. Juni 1981. Die Reaktion seitens der patriotischen Vereinigung war äußerst scharf. Bischof Tang wurde für abgesetzt erklärt, und es wurden fünf neue Bischöfe gewählt und geweiht. Im Dezember 1979 war mit der Wahl und Weihe von Bischof Fu Tieshan zum Bischof von Peking die Praxis der von Rom nicht autorisierten Bischofsweihen aufgenommen – und von Papst Johannes Paul II. zurückgewiesen worden.

Andere Zeichen einer gewissen Verhärtung sind Berichte von *Wiedereinweisung alter Priester in Arbeitslager*, die zwischenzeitlich entlassen waren, sich aber durch ihre Haltung für die Regierung als gefährlich zeigten. Bei der Größe Chinas ist es schwer, generelle Urteile zu fällen. Besucher in verschiedenen Landesteilen berichten von sehr unterschiedlicher Handhabung der allgemeinen Richtlinien der Regierung in der Frage der Religionsfreiheit. Die deutliche Korrektur der Liberalisierungsbestrebungen gegenüber der demokratischen Bewegung und der Pressefreiheit hat sich auf dem Gebiet der Religion bisher nicht im gleichem Maß ausgewirkt. Seit 1976 ist für alle Religionen eine gleichmäßige Entwicklung zur Konsolidierung festzustellen. Für die katholische Kirche in China ist die innere Gespaltenheit über das Verhältnis zum Vatikan eine große Belastung, die viele Möglichkeiten der Wirksamkeit verbaut.

## Eine China-Konferenz in Montreal

Im Blick auf eine mögliche Weiterentwicklung ist eine in der ersten Oktoberhälfte (2.–8. 10. 81) vom kanadischen Kirchenrat in Montreal veranstaltete internationale Konferenz über die Kirche in China interessant, an der zum

ersten Mal auch eine offizielle Delegation sowohl der protestantischen als auch der katholischen Kirche Chinas teilnahm. Die sieben protestantischen Delegierten wurden angeführt von *K. H. Ding*, dem Präsidenten des chinesischen Christenrats, dem auch die meisten anderen angehörten. *Zhao Fusan*, der stellvertretende Direktor des Instituts zum Studium der Weltreligionen in Peking, gehörte ebenfalls zur protestantischen Delegation. Die katholische Delegation bestand aus drei Vertretern, dem Bischof von Peking, *Fu Tieshan*, dem Bischof von Hanyang, *Tu Shibua*, der als Rektor des neuen Priesterseminars in Peking vorgesehen ist, sowie *Wang Zi-cheng*, Generalvikar der Diözese Yaoyang, der ebenfalls in der Verwaltung des Priesterseminars arbeiten soll.

Alle drei katholischen Vertreter stellten sich als *Leiter bzw. Mitglieder der Verwaltungskommission der katholischen Kirche in China* vor, d. h. nicht als Vertreter der Chinesisch Katholischen Patriotischen Vereinigung. Die übrigen gut 150 Teilnehmer kamen aus Kanada, den USA, Europa, Hong Kong und verschiedenen asiatischen Ländern sowie aus Afrika und Lateinamerika. Die meisten China-Studienzentren und -gruppen waren vertreten. Um möglichen Spannungen zu entgehen, hatten die Veranstalter katholischerseits Vertreter römischer Institutionen und auf der protestantischen Seite einige evangelikale Gruppierungen nicht eingeladen.

Im Verlauf der Konferenz wurden zunächst Entwürfe kontextueller Theologien aus verschiedenen Ländern der Dritten Welt, Philippinen (*Hechenova*), Sri Lanka (*Tissa Balasuriya*), Lateinamerika (*Sergio Torres*), Indien (*S. Kappen*) u. a. vorgestellt. Dieser Einstieg war für den Verlauf der Konferenz sehr hilfreich, da nicht nur von Nordamerika und Europa (d. h. aus dem Blickwinkel der missionierenden Länder) gesprochen wurde, sondern Vertreter der Jungen Kirchen zu Wort kamen, die selber einmal Gegenstand von Mission (und Kolonialismus) gewesen waren.

Die chinesischen Vertreter berichteten auf der Konferenz vom neuen Leben ihrer Kirchen. Dabei machten protestantische und katholische Vertreter in gleicher Weise deutlich, daß sie das sozialistische China – trotz vieler Mängel, die nicht zuletzt in der Kulturrevolution zutage traten – als ihre Heimat ansehen, die sie zusammen mit allen anderen Chinesen weiter positiv gestalten wollten. Die protestantischen Christen berichteten von ihrem Neuanfang als „chinesische christliche Kirche“, in der das Zeitalter der „nachkonfessionellen Kirche“ (post-denominational church) begonnen habe und die Aufspaltung in verschiedene Konfessionen überwunden sei. Sie drückten die Hoffnung aus, daß dieses Geschenk einer neu gewonnenen Einheit in der Wiederaufnahme von internationalen Beziehungen nicht in Frage gestellt werde und es ihnen gelinge, in der Ausbildung von neuen Pfarrern (gegenwärtig studieren fünfzig Kandidaten in Nanjing) eine einheitliche Theologie zu schaffen.

Bischof Fu Tieshan unterstrich für die katholische Delegation, daß die katholische Kirche in China eine „freie“ und „unabhängige“ Kirche sein wolle, die ihre eigenen Bi-

schöfe durch Priester und Volk wählt, sich im Glauben mit der katholischen Kirche weltweit verbunden weiß und alle sieben Sakramente spendet. Gegenwärtig bereiten sich in Peking dreißig junge Leute darauf vor, demnächst ihre Ausbildung zum Priestertum zu beginnen. In anderen Beiträgen der katholischen Delegation wurde mehrfach deutlich gemacht, daß sie an den Prinzipien der „Drei-Selbst“, d. h. der Selbstverwaltung, Selbsterhaltung und Selbstverbreitung, festhalten wollen, wobei eindeutig das Problem der von Rom unabhängigen Bischofswahlen der zentrale Punkt war.

Im Laufe der Konferenz wurde von den katholischen Delegierten immer wieder betont, daß sie sich als katholisch verstehen und die Verbindung im Glauben, in der Lehre und in der Liturgie mit der Gesamtkirche wollen. Ihre Entscheidung, in einem beschränkten Rahmen mit der kommunistischen Regierung Chinas zusammenzuarbeiten, sei nach vielen Zweifeln aus der Rücksicht getroffen worden, in einer schwierigen Lage das *Weiterbestehen der Kirche zu sichern*. Durch die Haltung des Vatikans, wie sie etwa in der Erteilung von besonderen Vollmachten für Priester, die China besuchen, sich ausdrückt, sehen sie sich als Bischöfe einfach ignoriert. Es wurde deutlich, daß einzelne Punkte, wie das Verhältnis des Vatikans zu Taiwan, die Neuordnung der Liturgie u. ä., sich wohl regeln lassen können. Entscheidend ist dagegen die Frage, wie sich der Vatikan zu den gut dreißig Bischöfen stellt, die kanonisch gültig, aber unerlaubt geweiht wurden. Wenn sich hier in der nächsten Zukunft die Fronten nicht ändern, wird es zur Entwicklung einer Ekklesiologie kommen, die eine Position festschreibt, die dann wohl näher der anglikanischen als der katholischen Lehre liegen wird. Daß die katholische Kirche Chinas lebt, machte der Film deutlich, den die chinesische katholische Delegation zur Konferenz in Montréal zeigte. Dort sah man den Ostergottesdienst in der Kathedrale von Shanghai als lateinisches Pontifikalamt, die feierliche Taufe eines angehenden Hochschullehrers, die Wallfahrt zum Marienheiligtum von Zose (in der Nähe von Shanghai), an der 20 000

Katholiken teilnahmen. Eine Aufnahme aus dem Jahre 1981.

### **Etwas von einem Neubeginn spürbar**

Im Jahr davor hatte es eine illegale Wallfahrt gegeben, für die der Priester *Stanislaus Shen* als Verantwortlicher mit Arbeitslager bestraft wurde. Die katholische Kirche Chinas lebt in der inneren Spannung, daß viele Katholiken den Weg derer, die mit der Regierung zusammenarbeiten, nicht mitgehen können, weil es sie in Konflikt mit ihrer Loyalität dem Papst gegenüber bringt. Diese Kirche lebt in der relativen Freiheit, die ihr die unsichere Liberalisierung bringt. Sie lebt mit einer von der Verfassung zugesicherten Religionsfreiheit, die in diesem großen Land *von verschiedenen Parteifunktionären unterschiedlich ausgelegt* und gehandhabt wird. Aber sie lebt mit einer Stärke und Zuversicht, die aus der jahrelangen Verfolgung kommt und ihr im heutigen China, wo viele Menschen auf der Suche nach einem „Sinn im Leben“ sind – wie es die bewegende Diskussion in einer kommunistischen Jugendzeitung 1979 zeigte –, eine nicht geringe Anziehungskraft gibt.

Die Konferenz von Montréal stand unter dem Motto „Gottes Ruf zu einem neuen Anfang“. Von diesem Neubeginn war während der Begegnung in den Reden – weniger in den „offiziellen“ vorbereiteten Referaten, die oft provokativ formuliert waren, als in den Gesprächen „am Rande“ sowie in den Gottesdiensten (hier gab es auf kanadischem Boden den ersten ökumenischen Gottesdienst von katholischen und protestantischen Christen aus der Volksrepublik China) – einiges zu spüren. Die Aussichten für einen Neuanfang der katholischen Kirche in China sind eng verbunden mit der Lösung der internen Spannungen zwischen den Katholiken innerhalb Chinas und der Lösung der Auseinandersetzung mit dem Vatikan. Hier sollte auf allen Seiten das Äußerste gewagt und gesucht werden, um eine endgültige Spaltung zu vermeiden.

*Georg Evers*

## Interview

# Wozu brauchen wir das Alte Testament?

## Ein Gespräch mit Professor Alfons Deissler

*Seit es ein „Neues“ Testament gibt, ist die Relevanz des „Alten“ für den christlichen Glauben und für das Leben der Kirche umstritten. Uns ist das Alte Testament durch den allgemeinen Traditionsbruch einerseits und die Spezialisierung und Differenzierung der alttestamentlichen Wissenschaft andererseits zunehmend ferner gerückt. Über unsere Schwierigkeiten mit dem Alten Testament und über die Unverzichtbar-*

*keit seiner Botschaft für das gegenwärtige Christentum sprachen wir mit Professor Alfons Deissler. Er lehrt Altes Testament an der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.*

*HK:* Herr Professor Deissler, daß die Heilige Schrift das Fundament nicht nur der Theologie, sondern des kirchli-